STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19200907MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus, Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Walther Victor, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰

Anzeigen die 6gespaltene Petitzeile 2,80 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 416. Dienstag, den 7. September 1920. – Morgen-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Die Selbstmordpartei.

Die bisher wenigstens dem Namen nach noch unabhängige „Hamburger Volksztg." lebt seit geraumer Zeit in grimmiger Fehde mit ihrem Berliner Zentralorgan, der „Freiheit". Unter dem Einfluß des jungen Geyer und der Führung Wilhelm Herzogs ist das Blatt — unmerklich für die Mehrzahl seiner Leser, aber offenkundig für jeden, der den Spaltungsprozeß innerhalb der USP. genauer verfolgte — hinübergeglitten in rein kommunistisches Fahrwasser. Ließen die Parolen, die von Zeit zu Zeit bei besonderen Anlässen in dem Herzogorgan ausgegeben wurden, schon keinen Zweifel mehr darüber, wohin die Reise gehen sollte, so ist man offenbar jetzt so weit, jede Rücksicht auf die noch hinter den Mitgliedern der früheren Bürgerschaftsfraktion Bergmann und Genossen stehenden „Massen" fallen zu lassen. In einem Artikel der gestrigen „Volkszeitung", der das Fazit der eben abgeschlossenen Reichskonferenz zieht, wird kaltschnäuzig erklärt, irgendwelche überraschende Resultate hätte die Reichskonferenz nicht gezeitigt. Man war also auf alles, was dort an Gegensätzen ausgetragen wurde, schon vorbereitet. Dittmann und Crispien werden, weil sie sich nicht für den bedingungslosen Anschluß an Moskau erklärten, als „Parteichauvinisten" abgetan und in dieselbe Wolfsschlucht geworfen, in der schon die „Freiheit" ihren Platz gefunden hat. Crispien wird außerdem mit dem Ehrentitel eines politischen Schiebers belegt, weil er nicht so deutlich, wie die Herzogleute es wünschten, dem Proletariat die dritte Internationale als einzige Rettung empfohlen hat. Mit Henke, der neuerdings ebenfalls ein Haar in der bolschewistischen Suppe gefunden und von einem Teil seiner unabhängigen Parteigenossen als von verkappten Kommunisten gesprochen hat, pflückt Walter Rühl ein besonderes Hühnchen, indem er die gewiß nicht uninteressante Tatsache festnagelt, daß Henke selbst bei früherer Gelegenheit sich dafür ausgesprochen habe, den Namen der USP. in „Kommunistische Partei" umzuändern, woran sich die weitere Bemerkung knüpft: „Ist unser Programm ein kommunistisches, so kann auch der Name unserer Partei nur ein kommunistischer sein." Von Hermann Reich wurde schließlich in einer Rede auf der Reichskonferenz erklärt, daß es in Hamburg keine Meinungsverschiedenheit über den Anschluß an Moskau gäbe. Da hinter diese wie hinter jede Behauptung des Herrn Reich ein dickes Fragezeichen zu setzen ist, kann alles dies nur so aufgefaßt werden, daß alle die Hamburger Unabhängigen, für die der bisherige Name ihrer Partei, wie Luise Zietz es ausgedrückt hat, ein Programm gewesen ist, die also nicht mit unter der kommunistischen Flagge weitersegeln wollen, sich als ausgeschlossen betrachten dürfen.

Man mag nun über diese Auseinandersetzungen unter den Unabhängigen denken, wie man will, die größere Konsequenz haben jedenfalls die bedingungslosen Anhänger des Bolschewismus bewiesen. Dieser kann doch für sich in Anspruch nehmen, etwas grundsätzlich anderes zu sein als die Sozialdemokratie. Indem er die Demokratie verwirft und sich offen zur Diktatur bekennt, schafft er klare Verhältnisse. Daß er sich selbst wieder in zahlreiche Sekten und Gruppen spaltet und spalten muß, ist eine Sache für sich, die im Wesen jeder Diktaturpartei begründet liegt. Sie hält eben nur so lange zusammen, wie der „Diktator" es gelingt, sich durchzusetzen, und fällt sofort auseinander, sobald sich mehrere um die Ausübung der höchsten Gewalt streiten. Das hat sich ja an den kommunistischen Gruppen, die wir bisher schon in Deutschland hatten, bereits in der ergötzlichsten Weise gezeigt und wird sich weiter zeigen, wenn nun etwa die gesamte Unabhängige Partei sich zum kommunistischen Programm bekehren sollte.

Doch ganz soweit ist es wohl noch nicht. Der schwankenden Gestalten in dieser Partei sind allzuviele und sie verhindern es, daß die Partei, der wir die Spaltung der deutschen Arbeiterpartei verdanken, in Schönheit sterben kann. Es scheint vielmehr, als sollte sie von dem Auflösungsbazillus, den sie längst schon im Leibe hat, langsam zerfressen werden. Und das wird nicht ohne Gestank, der den politischen Kampf unserer Tage noch mehr verpestet, abgehen. Da möchte man schon im Interesse der gesamten Arbeiterklasse mit der „Hamburger Volkszeitung" wünschen, daß es rasch zu einer Entscheidung kommt. Die Reichskonferenz der USP. hat diese Entscheidung nicht gebracht. Ob sie ein Parteitag der USP. für ganz Deutschland bringen würde, wie es die Hamburger unverkappten Kommunisten voraussagen, ist mindestens etwas zweifelhaft. Aber reif zum Sterben ist die Unabhängige Partei, das ist keine Frage, sie ist sogar überreif! Und sie kann nicht einmal beim Abschied sagen: „Entschuldigt, daß ich geboren bin." Denn für das Verbrechen, das mit ihrer Geburt begangen wurde, gibt es keine Entschuldigung. Es gibt dafür nur eine Sühne: den Selbstmord! Und bei dem ist sie nun glücklich angelangt. Denn ihr eigenes Organ in Hamburg sagt zum Schluß: „Auch für die USP. gilt das alte Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen."

Nur zu! Es ist nicht nur rechte, sondern auch die höchste Zeit!

*

Unentschiedenheit bei der USP.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Generalversammlung der Unabhängigen in Groß-Leipzig beschäftigte sich mit der Reichskonferenz. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Er soll erst erfolgen, wenn Crispien und Däumig gesprochen haben. In der Debatte wurde die „Leipziger Volkszeitung" heftig angegriffen. Es wurde ihr nachgesagt, daß sie nur noch ein Abdruck der „Freiheit" und ihre Schreibweise von den rechtsstehenden Blättern nicht mehr zu unterscheiden sei. Nach dem Bericht der „Freiheit" hätte sich gezeigt, daß die große Mehrheit der etwa 1000 Delegierten die Moskauer Bedingungen für unannehmbar hält und die Haltung der „Leipziger Volkszeitung" durchaus billigt.

Die unabhängige Parteikonferenz für Berlin-Brandenburg hörte am Sonnabend Crispien und Däumig über die Moskauer Fragen. Es wurde jedoch kein Beschluß gefaßt, sondern am Donnerstag wird weiter diskutiert.

Zum Ende des Stuttgarter Steuerstreiks

wird uns geschrieben:

Wie vorauszusehen war, hat der Stuttgarter Steuerstreik mit einer Niederlage der Arbeiterschaft geendet. Bedauerlich, daß sie erst wieder einmal durch einen schweren Nackenschlag auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt werden mußte. Man kennt das Elend und die Not in großen Schichten der Bevölkerung heute, man weiß, wie doppeltschwer der Steuerabzug diejenigen trifft, die kein Vermögen zu verschleudern haben und mit dem Verdienst bis auf den letzten Pfennig rechnen müssen. Wir wissen doch, daß sich der größte Teil der Steuerzahler aus der Summe der kleinen Leute zusammensetzt, selbst wenn die Kapitalisten bis zum letzten Pfennig Gewinn und Verlust versteuern würden. Steuerstreik der Arbeiterschaft ist gleichbedeutend mit dem finanziellen Zusammenbruch des Reiches. Und auch hier würde ein Bankerott nicht die treffen, die irgendwo noch ein Guthaben aufbewahren, das sie vor Hunger und Entbehrung schützt. Ein Bankerott träfe immer nur die Armen, die Rentenempfänger, Pensionäre und das Riesenheer der Staatsbeamten und Staatsarbeiter, denen niemand einen Pfennig geben würde, träfe vor allem auch die Arbeiterklasse selbst durch den Zusammenbruch der Volkswirtschaft. Die Alldeutschen und Kriegsverlängerer haben Deutschland in diesen Abgrund hineingestoßen und der von ihnen heraufbeschworene Friede von Versailles hat uns Verpflichtungen auferlegt, die wir nur erfüllen können, wenn jeder einsieht, was er dem Staat und damit sich selbst schuldet, damit unsere Wirtschaft, unser Land und damit er selbst am Leben bleiben. Phrasendrescher und Schreier, die im Mai 1919 nicht schnell genug die Unterzeichnung des Friedensvertrages herbeiwünschen konnten, haben die Arbeiterschaft in Stuttgart und an anderen Orten in den unüberlegten Steuerstreik hineingetrieben, der dem württembergischen Proletariat schwere Wunden geschlagen hat. Während unsere Partei vor dem unbesonnenen Streik von Anfang an gewarnt hat, kommt erst nachträglich die USP. und jammert, wie es der Unabhängige Crispien am vergangenen Sonnabend in Berlin getan hat, wo er in der Fraktionskonferenz u. a. sagte: „Der Kapitalismus sei nicht nur im finanziellen, sondern auch im militaristischen Sinne erstarkt. Die deutschen Bauern seien nicht revolutionär und die Landarbeiterschaft müsse noch erst gewonnen werden. Große Massen seien ohne jedes Klassenbewußtsein. Die Erhebung gegen den Steuerabzug in Württemberg sei von den kleinbürgerlichen Schichten der Arbeiterschaft, die zum Teil Landbesitz haben und ohne sozialistische Schulung sind, ausgegangen. In Stuttgart wurde den Arbeitern gesagt: „Warschau ist gefallen, die roten Truppen stehen bald in Berlin. Wir müssen für die Revolution kämpfen." Daraufhin verweigerten die Arbeiter den Steuerabzug, weil sie erhofften, in 24 Stunden die politische Macht erobern zu können. Als es dann aber gefährlich wurde, hat der Aktionsausschuß abgedankt und die Bewegung den Gewerkschaften überlassen.

Politische Nachrichten.

Wirtschaftsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages beriet über die Konjunkturgewinnabgabe der Leder- und Schuhindustrie. Am Donnerstag wird der Ausschuß in Anwesenheit des Reichsernährungsministers die grundsätzlichen Fragen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie und im Gewerbe besprechen. Hierbei wird auch ein deutschnationaler Antrag einer gründlichen Erörterung unterzogen werden, durch den die Reichsregierung ersucht werden soll, die in der Erhebung der Ausfuhrabgaben zurzeit liegende Abschnürung der Industrieausfuhr schleunigst zu beseitigen, um dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Am Mittwoch soll ein Antrag Ledebours (USP.) über die Erwerbslosenfrage erörtert werden. Man nimmt an, daß die gesamten Gegenstände, einschließlich einer großen Anzahl von Petitionen, spätestens am Donnerstag durchberaten sein werden. Nach der Rückkehr des Reichsernährungsministers von der Konferenz in Stresa soll dann über die Getreide- und Fleischbewirtschaftung in Vereinbarung mit einem Bericht des Ministers über die Ernährungskonferenz beraten werden.

Vom preußischen Justizwesen.

Im Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung beschäftigte man sich bei der Beratung des Justizetats vornehmlich mit der infolge der steigenden Kriminalität ungeheuer gewachsenen Arbeitsüberbürdung der staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Behörden und bereit über die Mittel zu ihrer Abhilfe, die natürlich ihre Begrenzung findet in der schlechten Finanzlage des Staates. Ausführlich wurde auch debattiert über die verschiedenen Möglichkeiten, den jungen Juristen und den Justizanwärtern möglichst frühzeitig Gelegenheit zu geben, sich mit dem praktischen Leben vertraut zu machen. Von sozialdemokratischer Seite wurden viele Urteile, die im Verlauf der Märzunruhen — auch durch ordentliche Gerichte — gefällt worden sind, als Fehlurteile bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen, daß das Amnestiegesetz in durchaus gerechter Weise gehandhabt werden wird. Nachmittags setzte der Hauptausschuß die Aussprache über die Ausbildung der Justizanwärter, die Verkürzung der Wartezeit der Referendare und Assessoren und die Vereinfachung der Verwaltung. Zu einem von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Fall, daß ein Breslauer Richter zwangsweise die Eidesleistung nach der religiösen Formel durchsetzte, versprach der Minister Untersuchung und Einschreiten. Gegenüber der Klage, daß neben den Personalakten noch amtliche Qualifikationslisten geführt würden, während Einsichtnahme der Beamten verweigert wird, erklärt der Minister, daß ihm davon nichts bekannt sei. Wo solche Listen existieren, stehe den Beamten selbstverständlich das Recht zu, auch die in diesen Akten niedergelegten Ansichten der Vorgesetzten über ihre Leistungen durch Einsichtnahme kennen zu lernen. Der Abgeordnete Dr. Cohn (USP.) unterstützte die Darlegung der sozialdemokratischen Redner bezüglich der Fehlurteile infolge der Einwirkung auf die Richter und fordert ihre Belehrung im Sinne des neuen Staatsgedankens.

Schwere Beschuldigungen.

Die „Tägl. Rundschau" und andere bürgerliche Zeitungen berichten unter der sensationellen Ueberschrift „Millionengewinne von Arbeiterführern auf Kosten der Arbeiter" von Schiebergeschäften, an denen der frühere sozialdemokratische Reichstagsabg. Davidsohn, gegen den schon seit längerer Zeit ein Ausschlußverfahren aus unserer Partei schwebt, beteiligt sein soll. Es handelt sich nach dem Bericht der „Tägl. Rundschau" um angeblich 500 000 Stück Männeranzüge, Luckenwalder und Forster Winterware, für die als Abnehmer hauptsächlich Bergarbeiter und Eisenbahner in Frage kommen sollen. Nach dem Fabrikpreis könnte der Anzug im Einzelverkauf schon mit genügendem Gewinn für etwa 970 bis 380 M. verkauft werden, der kaufende Arbeiter aber wird, falls nicht weitere Schieber sich noch einschalten und dadurch den Preis noch erhöhen, mindestens 450 M., also 70 bis 80 M. mehr aus seiner Tasche dafür zahlen dürfen, weil ein gewisser Heynig, Steglitz, ein „Fachmann" Brand und Georg Davidsohn ihre Hand bei dem Unternehmen im Spiel haben sollen, um Millionengewinne daraus zu erzielen.

Es wird sich bald herausstellen müssen, ob und wie weit sich diese Beschuldigungen auf Tatsachen stützen können. Höchst merkwürdig ist es jedenfalls, daß Davidsohn, der im Zusammenhang mit der Sklarzaffäre gegen Scheidemann und andere Genossen die ungeheuerlichsten Beschuldigungen verbreiten half, die nachher gerichtlich als Verleumdungen festgestellt wurden, jetzt selbst im Verdacht steht, an Schiebergeschäften beteiligt zu sein. Es wird übrigens behauptet, daß er schon seit längerer Zeit zur USP. übergetreten sein soll. Trifft dies zu, dann würde sich diese Partei mit den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu befassen haben. In unserer Partei hat er sich ohnehin schon durch die vorausgegangenen Affären unmöglich gemacht.

Die Frage der Lehreranstellung in Preußen.

Der Ausschuß der preußischen Lehrerversammlung für das Hauptschullehrerdiensteinkommengesetz beriet über den § 49, der die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen regelt. Nach dem Vorschlage der Regierung soll das Recht der Anstellung der Schulaufsichtsbehörde zustehen. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß das nicht als ein Angriff auf die gesunde Selbstverwaltung aufgefaßt werden dürfe. Die Anstellung der Lehrer durch den Staat liege im Interesse der Hebung des gesamten Schulwesens. In der Aussprache fand die Regierungsvorlage fast allgemeine Ablehnung. Es wurde großer Wert auf das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden gelegt. Eine Reihe von eingelaufenen Anträgen wurden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Der § 6 der Regierungsvorlage (Dienstwohnung) erhielt im Ausschuß eine Aenderung, wonach der für die Dienstwohnung festzusetzende Mietzins dem an dem Wohnorte für Wohnungen gleicher Art zu zahlenden Mietspreis entsprechen soll. Doch dürfen auf den Ortszuschlag nicht mehr als 30 v. H. der für den Lehrer oder für die Lehrerin erreichbaren höchsten Stufe angerechnet werden. Die Festsetzung des Mietzins soll unter Mitwirkung der Lehrervertretung durch die Schulaufsichtsbehörde erfolgen. Die §§ 7—9 der Regierungsvorlage wurden angenommen; dem § 10 wurde ein Absatz eingefügt, wonach von dem bei dem Schulverband hinterlegten Anrechnungssatz der Dienstwohnungen 25 v. H. zu einem Bau- und Reparaturfonds angewendet werden soll. § 11 (Haus-, Garten- und Landbenutzung) wurde mit einem Zusatz angenommen, daß die Ablösung der Landnutzung durch die Schulaufsichtsbehörde nur unter Zustimmung des Stelleninhabers erfolgen darf.

Noch eine internationale Konferenz.

Nach einer Meldung aus London plant der Völkerbund eine Konferenz, die im Januar in Barcelona stattfinden soll und sich mit der Beseitigung der Schwierigkeiten im internationalen Reiseverkehr beschäftigen wird. Es handelt sich um die Pässe und andere Formalitäten. Ein Untersuchungsausschuß für diese Frage tritt am 5. Oktober zusammen und auch Deutschland, Deutschösterreich und Ungarn werden darin vertreten sein.

Polen und Litauen.

Die litauischen Truppen haben eine Offensive gegen die Polen eingeleitet, die sich jetzt auf breiter Front zwischen Grodno und Suwalki ausdehnt. Die litauischen Truppen erbeuteten sehr viel Material. Im Abschnitt Kalisch sind die Polen weiter vorgeschritten, während der Versuch roter Divisionen, den Bug zu überschreiten, abgeschlagen wurde.

Die polnische Regierung hat in einem befristeten Ultimatum von der litauischen Regierung die Zurücknahme der litauischen Truppen aus dem besetzten Gebiete verlangt, welches der Oberste Rat Polen zuerkannt habe.

Infolge der Zuspitzung der Beziehungen zu Litauen wird sich die polnische Mordmannschaft zu Schiff nach Riga begeben.

Hungersnot in Südchina.

„Politiken" melden nach dem „Acht-Uhr-Abendblatt" aus Dienstsen: Nachrichten aus Tsingtau und Südchina zufolge ist dort die Lebensmittelsituation in eine furchtbare Katastrophe ausgeartet. 20 Millionen Menschen sind vom Hungertode bedroht, Tausende sind bereits gestorben und ganze Familien begehen aus Hunger Selbstmord. Eltern verkaufen ihre Töchter für wenige Dollar, um nicht zu verhungern. Man erwartet für den Winter das Ausbrechen einer Hungersnot, wie sie seit 40 Jahren in China nicht mehr erlebt wurde. Bekanntlich wird China alljährlich von Hungersnot heimgesucht. Die Hauptschuld liegt an dem Mangel an Eisenbahnen, wodurch Teile des Riesenreiches zeitweise ohne Erntezufuhren bleiben.

Kleine politische Mitteilungen.

Die lettische Konstituante ratifizierte einstimmig den am 13. Juli mit Rußland abgeschlossenen Friedensvertrag.

Das Syndikat der französischen Postbeamten hat beschlossen, dem Verlangen der Regierung nach Auflösung des Syndikats nicht nachzukommen.

Nach einer Bukarester Meldung sind der Finanzminister Vlad und die Universitätsprofessoren Jonescu und Senjescu zu Vertretern Rumäniens beim Völkerbund ernannt worden.

Der rote Tod von Moskau.

In der „W. a. M." schreibt der radikale Pazifist Hellmuth von Gerlach:

„Moskau ist Militarismus. „Pazifismus und Bolschewismus lassen sich gar nicht vereinigen", sagte Wigdor Kopp am 27. August in seinem Interview mit dem Vertreter des „Berliner Tageblattes". „Nicht „Die Waffen nieder!", sondern Bewaffnung des Proletariats muß die Losung sein", schreibt die Wiener „Rote Fahne" vom 1. August. Rußland ist ein einziges Heerlager. Die Dienstpflicht reicht vom 18. bis zum 50. Jahre. Von Kindesbeinen an wird die Jugend militarisiert. In dem kommunistischen Bericht über die russische Jugendbewegung steht der Satz: „In allen Organisationen ist die Kriegsvorbereitung obligatorisch."

Moskau ist Krieg in Permanenz. „Wenn wir die Macht hätten, würden wir gemeinsam mit den deutschen Arbeitern die Entente am Rhein bekämpfen", erklärte der Gehilfe Joffes im Herbst 1918 in Berlin. Im Januar 1919 forderte Radek die deutschen Arbeiter zum Kriege gegen den Westen auf. Und neuerdings hat derselbe Radek in seiner Artikelserie über die „Lehren der auswärtigen Politik Rußlands" geschrieben:

„Die Sowjetregierung erkennt den revolutionären Krieg an und organisiert ihn! ... Jeder Proletarierstaat wird die Wehrhaftigkeit des Proletariats bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution pflegen müssen, er wird vielleicht mehrmals zu den Waffen greifen müssen."

Ungezählte Male haben die deutschen Proletarier für die Parole „Nie wieder Krieg!" demonstriert. Moskau aber verlangt: Krieg und wieder Krieg, bis die ganze Welt dem Bolschewismus gewonnen ist!

Moskau ist Gewaltpolitik. Stöcker, der unbedingte Freund der dritten Internationale, erklärte auf der Parteikonferenz der Unabhängigen:

„Wir wollen die Gewalt nicht vermeiden, nein, wir brauchen sie, wir fordern unsere Parteigenossen auf, mit Gewaltmitteln gegen die Bourgeoisie vorzugehen."

Moskau ist Unfreiheit. Lenin sagte zu der Deputation der englischen Arbeiter: „Die Freiheit ist ein bürgerliches Vorurteil." Die Freizügigkeit ist in Rußland abgeschafft. Die Arbeit ist militarisiert. Alle Wahlen sind öffentlich genau wie in Preußen zur Zeit des seligen Dreiklassenwahlrechts!

Moskau ist Maulkorb. Wer nicht Bolschewist ist, wird mundtot gemacht. Zum öffentlichen Reden braucht man behördliche Erlaubnis. Es erscheinen nur bolschewistische Zeitungen. Nicht einmal die andern Arbeiterparteien, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre haben ein Organ. Dieser Zustand begeistert den Moskaufreund Stöcker zur Nachahmung: „Wir müssen mit der Preßfreiheit aufräumen."

Moskau ist Diktatur. Aber nicht des Proletariats, sondern über das Proletariat. Die Massen sind nur Objekt der Regierung. Rußland wird regiert von dem kleinen Komitee der Auserwählten in Moskau, jede Fabrik wird regiert von dem von Moskau bestimmten Leiter. Räteverfassung: Davon glauben nur noch deutsche Naivlinge.

Moskau ist Terror. „Eine Diktatur des Proletariats ist ohne Terrorismus nicht denkbar," sagte Lenin auf dem Moskauer Kongreß. „Wer sich nicht zum Terror bekennt, darf nicht in die 3. Internationale.

Moskau ist Blut. Unsere radikalen Arbeiter haben sich — sehr mit Recht! — über die Bestätigung von Todesurteilen durch Ebert empört. In Rußland sind vom 15. Juni bis 15. Juli, nach dem Bericht des Revolutionären Tribunals, auf Geheiß der „Außerordentlichen Kommissionen" 898 Personen erschossen worden.

Moskau ist die Rechtfertigung jeder Schandtat der Reaktion. Die Moskauer Thesen proklamieren den „bewaffneten Aufstand" als einziges Mittel zum Sturz der Bourgeoisie. Wer sich zur 3. Internationale bekennt, verzichtet also auf die Entscheidung durch geistige und wirtschaftliche Waffen. Ihm liegt das höchste Heil, das letzte in der Dreschflegeltaktik. Das einzig wirksame Argument ist die Handgranate und das Maschinengewehr.

Ich als Pazifist halte eine solche Taktik für ein Verbrechen an der Menschheit. Als Politiker halte ich sie aber überdies für eine phänomenale Dummheit. Die Waffen haben nun einmal, von Rußland abgesehen, nicht die kommunistischen Proletarier, sondern andere Leute, wenigstens die besseren und die zahlreicheren Waffen. Die Entscheidung mit den Waffen wird fast überall zuungunsten der Arbeiter ausfallen (sind die Lehren von München und Budapest schon ganz vergessen?) Der Endsieg mit geistigen, politischen und wirtschaftlichen Waffen ist den Arbeitern als der zahlreichsten Klasse gewiß. Jeder Putsch kann diesen Endsieg nur hinausschieben, weil er die öffentliche Meinung zum Bundesgenossen der Reaktion macht.

Siegt Moskau bei den deutschen Arbeitern, so können sie sich nicht wundern, wenn bei uns die Reaktion das Präventive spielt. Die Arbeiterschaft ist solange in glänzender Position, wie sie sich auf Recht und Gerechtigkeit stützt. Sie ist verloren, wenn sie die „ultima ratio regum", den letzten Beweisgrund der Könige, die Kanone, in ihren Arbeiterkatechismus aufnimmt. Rußland ist kein Gegenbeweis. Denn einmal — sind die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands irgendwie vorbildlich? Und dann — wie lange wird

Einstein.

Weit über die Person hinaus ist der Fall Einstein zu einer Frage der gesamten Nation geworden. Wir haben uns dabei nicht mit der Relativitätslehre zu beschäftigen. Nicht damit, ob Einstein ein noch in Jahrhunderten leuchtender Stern am wissenschaftlichen Himmel ist, oder ob seine Lehre vor den rauhen Tatsachen verblassen und von ihnen hinweggespült werden wird. Diese Untersuchung müssen wir der Zeit und den Gelehrten überlassen. Was uns politisch betrifft, ist die Schmach, daß ein Mann der Wissenschaft von den Radauantisemiten angepöbelt wird, daß er seine Studien in Deutschland nicht fortsetzen kann und deshalb sein Vaterland voll Ekel zu verlassen gezwungen ist.

Seit die letzte Sonnenfinsternis die Lehre Einsteins bestätigt haben soll, klingt sein Name durch die ganze Welt. Die Universität in Leyden verlieh ihm eine Ehrenprofessur, was nur ganz wenigen großen Forschern bisher von dieser berühmten holländischen Lehrstätte zuteil geworden ist. Ententestaaten haben den deutschen Wissenschaftler geehrt, seine Hörsäle sind überfüllt, wo sie sich befinden, die deutschfeindliche Londoner „Times" brachte bereits vor Friedensschluß einen Leitartikel aus Einsteins Feder, und wenn die alldeutschen Professoren das Ansehen Deutschlands und seinen wissenschaftlichen Ruhm nicht wenig heruntergebracht haben, Einstein hob ihn wieder, erfüllte das Ausland mit Achtung vor Deutschlands Gelehrsamkeit, daß man den Erfinder des die Technik und die Physik umwälzenden Relativitätsprinzips geradezu als ein Stück deutscher Valuta bezeichnen kann.

Neben den Meistern der Physik, die Einsteins Lehre zustimmen, gibt es solche, die sie ablehnen. Es wäre auch schlimm, wenn jede Entdeckung kritiklos hingenommen würde. Es ist ja gerade das Wesen aller Wissenschaft, daß sie sich unabhängig selbst prüft, daß man sie wendet und von jeder Seite betrachtet; sonst stünde sie eines Tages still, und das Leben würde über sie hinwegschreiten. Wie in der Praxis gilt in der Theorie das Wort des griechischen Philosophen Heraklit: alles fließt! Wenn so die Gegner Einsteins ernst und sachlich an seine Lehre herantreten würden, könnte man es auch begrüßen. Die Vorträge, die jetzt in Berlin gegen Einstein gehalten, die Broschüren, die gegen ihn verbreitet wurden, galten jedoch nicht dem Forscher, sondern dem Juden Einstein. Wie schon im Frühjahr alldeutsche Studenten seine Volksvorlesungen durch antisemitische Pöbeleien störten und sogar unmöglich machten, so fanden sich jetzt wieder Schüler und Lehrer mit dem gesamten reaktionären Troß ein, um den Juden Einstein zu beschimpfen, nicht um dem Physiker sachlich zu entgegnen. Aus dem gleichen Motiv sind die gegen ihn erschienenen Schriften geschrieben, und den Gipfel erreichten die jungen Hakenkreuzritter, die Einstein in der Berliner Philharmonie umringten und ihm zuriefen: „Schneidet dem Saujuden den Hals ab!"

So wüten „bessere" und „gebildete" Kreise gegen einen Mann von Weltruhm, dessen Name in einer Linie mit Galilaei, Kopernikus, Kepler und Newton genannt wird. Hätte Einstein Tausende von Familienväter in den Tod geführt, wäre er Kriegslieferant gewesen und nicht linksstehender Pazifist, wäre er ein Hurraprofessor des Durchhaltens, wie der Münchener Dr. von Gruber, der 15 Millionen Deutschen den „notwendigen" Hungertod wünscht, dann würden ihn die Alldeutschen bekränzen. Er ist jedoch ein Friedensfreund, ein berühmter Forscher und ein Jude, was bei den Kraftprotzen und Kriegsverlängerern genügt, um ihm den Hals abzuschneiden. Man muß nur fragen, warum die Alldeutschen den von einem jüdischen Ingenieur erfundenen künstlichen Salpeter nicht abgelehnt haben, ohne den wir nach zwei Monaten den Krieg hätten aufgeben müssen, und warum sich die antisemitischen Studenten das Salvarsan gefallen lassen, das der Jude Ehrlich entdeckt hat.

Wir haben es herrlich weit gebracht, und der Fall Einstein zeigt den unermeßlichen Schaden, den die reaktionär-antisemitische Bewegung dem deutschen Volke zugefügt. Verhaßt waren wir während des Krieges und besaßen keinen Freund auf der ganzen Erde. Die Radauantisemiten mehren unser Ansehen nicht, und der Deutsche Einstein, der künftig an ausländischen Universitäten lehrt, wird ein lebendiges Zeugnis des Geistes sein, der dort herrscht, wo die künftigen deutschen Lehrer, Richter, Staatsanwälte und Beamten herangebildet werden. Unser Volk aber muß in seiner Gesamtheit die Fensterscheiben bezahlen, die die „Patrioten" einschlagen. Als Sühne für die Breslauer reaktionär-antisemitischen Ausschreitungen verlangt Frankreich unter anderm die Schließung der dortigen Universität, der Brutstätte der Alldeutschen und Kriegshetzer. Beschämt muß man gestehen, wie weit die Demütigungen gehen, die uns die Radauhelden aufbürden; aber gleichzeitig fragen, warum nicht unsere Regierung den Franzosen zuvorgekommen ist, indem sie die Kappistenjünglinge nicht schon längst aus den Universitätssälen hinausgefegt hat? Schließlich trägt doch der Staat, tragen doch die Steuerzahler die Universitätskosten, und die Republik darf die Achtung ihrer Gesetze verlangen, damit nicht die Hochschulen die Brutnester der Monarchisten und der Volksfeinde werden können.

Reaktion und Monarchie, das ist das Ziel; der Antisemitismus ist nur ein Mittel zum Zweck, auf das das dumme Volk hereinfallen soll.

Der Fall Einstein ist ein Schulbeispiel, und es ist allerhöchste Zeit, daß dem grausamen Spiel ein Ende gemacht wird. Der Geschichtschreiber der Hohenzollern, Heinrich von Treitschke, schrieb über die deutschen Zustände von 1806: „Wie ein Geschmeiß hungriger Fliegen stürzte sich Deutschlands hoher Adel auf das aus tausend Wunden blutende Vaterland!" Das Geschmeiß und sein Gerinsel nähern sich wieder. Diesmal wird sich das Volk zu wehren wissen.

J. A.

*

Hänisch an Einstein.

Wie W. T.-B. erfährt, richtete anläßlich der jüngsten Vorgänge der preußische Unterrichtsminister folgenden Brief an Professor Albert Einstein:

„Hochverehrter Herr Professor! Mit Empfindungen des Schmerzes und der Beschämung ersah ich aus der Presse, daß die von Ihnen vertretene Lehre in der Oeffentlichkeit der Gegenstand gehässiger und über den Rahmen sachlicher Beurteilung hinausgehender Angriffe gewesen ist und daß selbst ihre wissenschaftliche Persönlichkeit von Verunglimpfungen und Verleumdungen nicht verschont geblieben ist. Eine besondere Genugtuung ist es mir, daß diesem Vorgehen gegenüber Gelehrte von anerkanntem Rufe, u. a. auch hervorragende Vertreter der Berliner Universität, sich zu ihnen bekennen und die nichtswürdigen Angriffe gegen ihre Person zurückweisen und daran erinnern, wie Ihre wissenschaftliche Arbeit Ihnen einen unvergänglichen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaft sichert. Wo sich die Besten für Sie einsetzen, wird es Ihnen um so leichter fallen, solch häßlichem Treiben keine weitere Beachtung zu schenken. Ich darf deshalb wohl auch der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gerüchte nicht der Wahrheit entsprechen, Sie wollten jener häßlichen Angriffe wegen Berlin verlassen, das stolz darauf war und stets stolz darauf bleiben wird, Sie, hochverehrter Herr Professor, zu den ersten Zierden seiner Wissenschaft zu zählen. Mit dem Ausdruck meiner ganz besonderen Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener Hänisch"

der Bolschewismus sich halten, wenn ihm nicht Ententedummheiten den Nationalismus als Bundesgenossen zuführen?

Ich bin noch immer davon fest überzeugt, daß die deutschen Arbeiter von London mehr lernen können, als von Moskau. Die Russen haben mit dem Dach angefangen, die englischen Arbeiter mit dem Fundament. Mir scheint das englische Vorgehen solider und sicherer zum Ziele führend."

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Plattenansetzer

nahm am 2. September eine Versammlung bei Westedt Stellung. Der Vorsitzende, Kollege Westphal, erstattete ausführlichen Bericht. Es treten bei dem jetzt aufzustellenden Tarif für die Spezialberufe neue wichtige Punkte in Erscheinung. Durch den festgelegten Reichstarif für das Baugewerbe sind für Spezialgruppen keine nennenswerten Vorteile zu verzeichnen. Das Versäumte soll in den jetzigen Verhandlungen nachgeholt werden, was ziemlich zeitraubend ist. Besonders erschwerend für gewisse Einzelbestimmungen ist die Neueinteilung der 4 Lohngebiete nebst den hiermit verbundenen Lohnstaffeln und Sonderbestimmungen. Die anwesenden Kollegen sind mit den bis jetzt getroffenen Vereinbarungen in fast allen Paragraphen einverstanden, obgleich aus allen diesen keine finanzielle Besserstellung hervorgeht. Nur betreffs Vergütung der Fahrzeit und des Fahrgeldes zur Arbeitsstelle außerhalb der Stadtgrenze nimmt die Versammlung die Ausführungen, die eine Verschlechterung des bisherigen Tarifs bedeuten, mit Entrüstung entgegen. Die Versammlung beauftragt die Verhandlungskommission, unbedingt an dem bisher Bestehenden festzuhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß dieser strittige Punkt der Entscheidung einer höheren Instanz unterbreitet werden müßte. Ferner wird beschlossen, den Kollegen Tesch als Beisitzer zu den kommenden Verhandlungen mit einzusetzen. Die Aussprache über das Gehörte war eine sehr rege, ein Beweis, daß das Interesse für unsere Sache noch stark vorhanden ist. Nachdem noch einige Anfragen und Beschwerden geregelt, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für das hamburg. Staatsgebiet.

Achtung, Genossinnen des Referentinnen-Kursus!

Leitung: Genosse Joh. Schult.

Am Dienstag, 7. September, beginnt die neue Kursusarbeit noch nicht, sondern dem mehrfach ausgesprochenen Wunsch Rechnung tragend, werden wir diesen Nachmittag nochmals dazu benutzen, draußen vor der Stadt zusammenzutreffen zu einer Unterhaltung über den Reichsjugendtag der Arbeiterjugend in Weimar.

Alle Frauen, die dem Referentinnenkursus nicht angehören, aber Interesse haben, sind selbstverständlich herzlich eingeladen.

Also, wir treffen uns alle am Dienstag, 7. September, nachmittags 3 Uhr, am Hochbahnhof Borgweg und spazieren in den Stadtpark. Sollte es regnen oder kaltes Wetter sein, dann finden wir einen Unterschlupf im Bauernhaus.

Kommt zu recht vielen!

Tages-Bericht.

Hamburg.

Betriebsräte, Betriebsobleute und freigewerkschaftliche Betriebsvertrauensleute!

Am Mittwoch, 8. September 1920, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Café oben, eine wichtige Versammlung aller in staatlichen und kommunalen Behörden und Instituten beschäftigten Betriebsräte, Betriebsobleute und freigewerkschaftlich organisierten Betriebsvertrauensleute statt, in der über die Zusammenfassung der Betriebsräte geredet wird und die Wahl zum Gruppenrat und Zentralrat vorgenommen werden soll. Die Wichtigkeit dieser Versammlung fordert von allen Kollegen vollzähliges Erscheinen. Als Legitimation gilt die vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und vom Wirtschaftsrat der Betriebsräte abgestempelte blaue Karte nebst Mitgliedsbuch der Gewerkschaft. Wirtschaftsrat der Betriebsräte.
J. A.: Gust. Legart.

Die Lohnbewegung in der Fischbranche in Hamburg-Altona beendet.

Heute fand im Lokale „Karlsruhe" in Altona eine Versammlung der Streikenden statt, die der Kommission die Vollmacht erteilte, den Spruch des Demobilmachungskommissars als verbindlich anzuerkennen. Der Demobilmachungskommissar fällte in später Abendstunde den Spruch, der von beiden Parteien nach vorhergegangener Erklärung als bindend betrachtet wurde. Eine neue Versammlung der Streikenden, die sich mit der Verkündung des Spruches beschäftigen wird, findet am 7. September, vormittags 9 Uhr, in „Karlsruhe" statt. Sämtliche Streikenden werden aufgefordert, zu erscheinen. Morgen um 12 Uhr allgemeine Arbeitsaufnahme.

Zur Sozialisierung der Leichenbestattung.

Wenn schon vor dem Kriege, besonders hier in Hamburg, die Zustände auf dem Gebiete der Leichenbestattung zur öffentlichen Kritik herausforderten, so sind heute von der Gesetzgebung alsbald scharfe Maßnahmen gegen diejenigen Beerdigungsunternehmer zu verlangen, die im vollsten Sinne des Wortes Parasiten am Volkskörper sind. Wie die Gesetzgebung dem Stellenschacher energisch zu Leibe ging, so soll sie erst recht dem Leichenschacher die Fänge ganz gehörig beschneiden. Hier wäre es angebracht, unserer Programmforderung der unentgeltlichen Leichenbestattung zunächst einmal dadurch näher zu kommen, daß von der Bürgerschaft die Einführung der obligatorischen Leichenbestattung durch Staat oder Gemeinde beschlossen und durchgeführt würde trotz der zu erwartenden Entrüstung besagter Unternehmer. Jeder, der aus eigener Erfahrung die Praktiken manches Beerdigungsunternehmers kennen gelernt hat, wird eine gesetzliche Maßnahme gegen das Parasitentum auf das freudigste begrüßen und denen Dank wissen, die ihm rücksichtslos zu Leibe gingen. Als sittliche Forderung ist die obligatorische Leichenbestattung schon deswegen anzustreben, um dem widerlichen und pietätlosen Feilschen um die Leiche die Spitze abzubrechen. Kaum daß der Tote erkaltet ist, da finden sich schon die Beerdigungsunternehmer bei den Angehörigen ein, um bald in rücksichtsloser, bald salbungsvoller Weise die Leiche zu ergattern. Hat den Verstorbenen das Geschick außerhalb der Wohnung, etwa in einem Krankenhause, ereilt, so erhalten nicht selten die Angehörigen die Todesbotschaft durch einen Beerdigungsübernehmer, noch bevor die offizielle Nachricht von dem Ableben eintrifft. Die Hintertüren, die der Beerdigungsübernehmer zur Erlangung der Adressen Verstorbener äußerst geschickt zu benutzen weiß, sollen hier nicht weiter erörtert werden; es genügt, nur die Tatsache selbst festzustellen, daß er sie benutzt.

Kaum ein zweites Unternehmen floriert heute so ausgezeichnet, wie das der Leichenbestattung. Je gewissen- und rücksichtsloser der Unternehmer, um so glänzender sein Geschäft mit der einschmeichelnden Devise: „Einfach, würdig, vornehm."

Zum Gros der Leidtragenden — in zweifachem Sinne — zählt die arbeitende Bevölkerung, weil sie durch den Tod von Angehörigen finanziell eher als Begüterte in Bedrängnis oder gar Schulden gerät. Eine Beerdigung, die im Sinne des Beerdigungsunternehmers „so einigermaßen" den Verhältnissen entspricht, kostet mit allem Drum und Dran 2000 bis 2500 M; Beerdigungen, deren Kosten sich auf 4000 M und darüber belaufen, gehören selbst im Arbeiterkreisen nicht mehr zu den Seltenheiten. Hierbei sei gleich eingeschaltet, daß leider in vielen Fällen die Angehörigen durch gerissene Unternehmer getäuscht und, unter Ausnutzung der seelischen Depression beim Empfang der Todesnachricht, überredet werden, ihm — dem Unternehmer — nur alles getrost zu überlassen. Namentlich Frauen werden ein leichtes Opfer gewissenloser Unternehmer, denen kein Gesetz Beschränkungen auferlegt. Erst beim Präsentieren der Rechnung, zu spät also, werden die Angehörigen gewahr, daß sie, „im guten Glauben handelnd", auch hier noch die Leidtragenden sind. Mit Erfolg Einwendungen gegen die Höhe des Rechnungsbetrages machen zu wollen, wäre so gut wie aussichtslos; denn wer will dem Unternehmer nachweisen, welchen Wert etwa der „silberbeschlagene Eichensarg mit erstklassiger Ausstattung" hatte. Soweit der Verstorbene Mitglied einer Krankenkasse ist, wird das den Angehörigen zustehende Sterbegeld ohne weiteres mit draufgehen, wenn der die Beerdigung ausführende Unternehmer sich in bescheidenen Grenzen hält, was so, beiläufig bemerkt, 1000 M ist. Daß sich die Kosten der von den hamburgischen Staatskrankenhäusern ausgeführten Beerdigungen ungefähr auf halber Höhe des vorgenannten Preises halten, sei beiläufig bemerkt.

Mit der Erhöhung der Kassenleistungen, die auch das Sterbegeld umfaßt, verstanden die Beerdigungsunternehmer ganz vorzüglich Schritt zu halten und mehr noch als bisher ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen und zu zeigen, welchen Gewinn das Sterben der Volksgenossen für sie bedeutet. Von dem erzielten Gewinn zeugen gleichfalls die Prozente — meist 10 vom Hundert —, die den „Leichenagenten" für ihre stille, selbstlose Tätigkeit gezahlt werden. Freunde, Verwandte und Bekannte der Beerdigungsunternehmer üben meist diese Tätigkeit aus, indem sie mündlich oder durch Empfehlungskarten die ihnen zugänglichen Kreise, Vereine, Institute usw. in regelmäßigen Zwischenräumen hinlänglich beackern.

In Vorstehendem dürften die Schäden auf dem Gebiete der Leichenbestattung in großem Umriß hinreichend gezeichnet sein. Sie gänzlich oder zum mindesten die ärgsten Auswüchse zu beseitigen, ist Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften. Daß die Staatskrankenhäuser Bestattungen zu mäßigen Preisen ausführen, ohne Schaden zu leiden, diese Tatsache sollte den Staat veranlassen, die obligatorische Leichenbestattung selbst zu übernehmen. Hier kann im Interesse des Volksganzen eine Sozialisierung vorgenommen werden, die ihm keine Kosten verursacht.
Heinrich Lienau.

Kaffee-Einfuhr.

Wie uns das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, wurde der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg nunmehr ermächtigt, bis auf weiteres die Kaffee-Einfuhr in beschränktem Umfange wieder zuzulassen. Die Höchstgrenze der Einfuhrbewilligungen ist auf 500 Sack arbeitstäglich festgesetzt. Einfuhranträge sollen nach ihrer Preiswürdigkeit, entsprechend den früheren Grundsätzen beschieden werden, um den derzeit niederen Weltmarktpreis dem deutschen Konsum zukommen zu lassen. Der Kaffee-Einfuhrverein wurde deshalb ausdrücklich angewiesen, etwa bereits bezahlte oder im Freihafen lagernde Mengen nicht bevorzugt zu behandeln.

Die Abteilung „Krankenversicherung" der Behörde für das Arbeitsamt, bisher Schopenstehl 20/21, 1. Stock, befindlich, ist, wie die Behörde für das Arbeitsamt mitteilt, verlegt nach Stadthausbrücke 15, Kasse, Schalter 3.

Verlegung eines Kriminalreviers. Das Kriminalrevier 14, das sich bisher am Eilbeckerweg 46 befand, ist nach der Wandsbecker Chaussee 38, 1. Et., verlegt worden.

Den Postanstalten ist die Eigenschaft von statistischen Anmeldestellen beigelegt worden. Infolgedessen können vom 1. September ab solche von statistischen Ausfuhranmeldescheinen zu begleitende Postsendungen nach dem Ausland (Einschreibebriefsendungen und Wertbriefe mit Wareninhalt sowie Pakete), die von demselben Absender gleichzeitig bei derselben Postannahmestelle nach demselben Bestimmungsland aufgeliefert werden, mit einem statistischen Ausfuhranmeldeschein (Sammelanmeldeschein) zur Post gegeben werden. Bei größeren Postanstalten mit getrennten Annahmestellen sind jedoch für jede der betreffenden Arten von Sendungen besondere Ausfuhranmeldescheine beizubringen. Da künftig die statistischen Ausfuhranmeldescheine bei den Aufgabe-Postanstalten abgenommen werden, müssen sie den Sendungen in allen Fällen offen beigefügt werden. Firmen, die von der zollamtlichen Abfertigung ihrer zur Ausfuhr bestimmten Postsendungen befreit sind, haben bei Paketen nach dem Ausland den Vermerk „Beschaufrei gemäß Erlaubnisschein Nr. . . . des Hauptzollamts in . . . . vom . . . ." künftig auf der Rückseite der Paketkarte niederzuschreiben.

Aus der Theaterwelt. Hamburger Volks-Oper. Herr Ed. Lichtenstein gastiert Freitag, den 10., als Zigeunerbaron, Sonnabend, den 11., als Graf von Luxemburg, Sonntag, den 12., nachmittags 4 Uhr, als Bettelstudent. Am Montag, den 13., verabschiedet er sich als Eisenstein in „Fledermaus" mit der Carusoparodie als Einlage.

Zum Raubüberfall auf das Fuhrwerk der Farmsener Trabrenngesellschaft ersucht die Polizeibehörde, daß sich das Ehepaar, welches dem dem Auto nacheilenden Mitüberfallenen die Auskunft gegeben hat, daß das Auto mit den Räubern durch Güntherstraße und die Hohenfelderallee gefahren sei, sich umgehend im Stadthaus, Zimmer 133, meldet.

Mord oder Selbstmord? Bei der Moorburger Landungsbrücke wurde die Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mädchens aus dem Wasser gezogen. Die Tote, die ungefähr vier Monate im Wasser gelegen hat, kam in die Leichenhalle des Hafenkrankenhauses. Es handelt sich um eine 1,57 Meter große Person mit dunkelblondem Haar. Nähere Erkennungszeichen sind nicht festzustellen, da die Verwesung zu weit vorgeschritten ist. Anscheinend hat die Unbekannte auf dem Heimweg von einem Tanzvergnügen den Tod gefunden, denn sie trug ein weißes Mullkleid, weiße Strümpfe, weiße Unterwäsche, schwarze Satinschuhe und eine rote Weste.

Rätselhafter Tod. Am Sonntag morgen kamen Kriminalbeamte ins Hotel „Kronprinz" am Hauptbahnhof, um den dort abgestiegenen Kaufmann Erich Schneider, der von Berlin aus wegen Veruntreuung von 8052 M verfolgt wurde, zu verhaften. Sie erfuhren, daß der Gesuchte in der Nacht zum Sonntag tot in seinem Bett aufgefunden worden war. Man hatte die Leiche bereits ins Hafenkrankenhaus geschafft. Die Annahme, daß Selbstmord vorlag, scheint sich nicht zu bestätigen, da der hinzugerufene Arzt als Todesanlaß innere Ursachen feststellte. Im Besitze des verstorbenen Defraudanten wurden nur noch 92 M vorgefunden.

Unglücksfall. Von einem Stapel Bretter verschüttet wurde der Arbeiter Franz Stakowiak, der an Bord eines im Hofe-Kanal liegenden Seglers arbeitete. Schwer verletzt mußte er ins Krankenhaus St. Georg geschafft werden.

Entwichen sind aus der Korrektionsanstalt die Gefangenen Garbers, 25 Jahre alt, aus Ochsenwärder gebürtig, und Sawatzki, 25 Jahre alt, aus Hamburg. Ein dritter Ausreißer, namens Ernst Pilger, konnte noch in derselben Nacht von einem Wachtmeister der Wache 10 in den Anlagen beim Holstenwall wieder ergriffen werden.

Vermißt wird seit dem 31. August der am Postamt 23 beschäftigte Postbote Hermann Prien, geboren zu Hamburg am 31. Oktober 1901, wohnhaft bei den Eltern Heschredder 82. Der Vermißte ist 1,82 Meter groß, schlank, hat hellblondes Haar, rundes, volles Gesicht und war bekleidet mit grauer Militärlitewka, Militärhose und Militärmütze mit Poststreifen.

Größere Einbruchsdiebstähle. Einbrecher erbeuteten in der Wagnerstraße 105 9 Perser Teppiche und Brücken von hohem Wert. — Burgstraße 32 haben Diebe einen Perser Teppich, diverses Silberzeug mit verschiedenen Gravierungen und Kristallsachen als Beute mitgenommen. — Am Valentinskamp 84/86 wurde eine eiserne Kassette, enthaltend 15 580 M in Reichsbanknoten, entwendet. Außerdem sind viele Schmucksachen, 43 M Silbergeld, lose Brillanten, 4 Sparkassenbücher der Sparkasse von 1827 und Papiere, auf den Namen Wilken lautend, gestohlen. — Raboisen 40 haben Kontoreinbrecher eine Schreibmaschine Continental, eine Standuhr, ein Dolchmesser und verschiedene Bronce-Schreibtischutensilien gestohlen.

Hafen und Schiffahrt.

Cuxhaven. Bei Sylt treibt ein Dampfer unter Notflagge. Der auf Helgoland stationierte Bergungsdampfer „Reiher" ist zur Hilfe ausgelaufen. — Bei Brunsbüttel ist ein Dampfer auf Grund gelaufen. Hiesige Schlepper sind zur Hilfeleistung ausgefahren.

Mit 1000 sibirischen Kriegsgefangenen ist gestern nachmittag der Dampfer „Hudson Maru" in Brunsbüttel angelangt. Die Heimkehrer kommen nach dem Lokstedter Lager.

Altona und Umgegend.

Die ollen, ehrlichen Grundeigentümer. Das Altonaer Presseamt teilt mit: Hinterziehung der Grunderwerbssteuer wird jetzt häufig versucht, meist in der Weise, daß im notariellen Kaufvertrag ein niedrigerer Preis genannt wird, als wirklich vereinbart ist. Verschiedenen Steuerpflichtigen ist dies jedoch schon übel bekommen. Die Steuerbehörde hat nämlich, wenn sie Verdacht schöpft, daß eine Hinterziehung versucht wird, das Recht, die an dem Geschäft Beteiligten, namentlich auch den Makler über den wirklichen Inhalt der Abmachungen eidlich zu vernehmen. Selbstverständlich trifft den Hinterzieher eine ganz erhebliche Strafe. Vor dem Versuch, den Grundstückskaufpreis zu verschleiern, muß daher nachdrücklich gewarnt werden.

In der Versammlung des Ortselternrats am 2. September im Lyzeum machte Herr Hamann zunächst bekannt, daß der Arbeitsausschuß auch in diesem Jahr eine Reihe von Vorträgen plane, zu welchen die Herren Dr. Cimbal, C. Möller, Köhne, Juhl, Lamszus, Gläser und Frau B. Henningsen gewonnen seien. Des weiteren findet am Freitag, 10. September, eine Versammlung aller Elternbeiräte in der Aula des Lyzeums statt, in welcher Herr Senator Kirch über ein „Gedeihliches Zusammenarbeiten" sprechen wird. In dieser Versammlung soll auch Protest erhoben werden gegen den Entwurf eines Gesetzes, welcher der preußischen Landesversammlung zur Annahme vorgelegt werden soll und das die Klassenfrequenz der Volksschulen auf 60 steigern soll und damit direkt kulturschädlich wirken würde. Alsdann begründet Herr Wagner den vom Arbeitsausschuß vorgelegten Entwurf der Richtlinien der Elternbeiräte. Nachdem beschlossen wurde, diesen Entwurf noch einmal mit der Lehrerschaft durchzunehmen und dann in Druck zu geben, wird derselbe en bloc angenommen.

Die Ortsgruppe Altona des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hält am Donnerstag, 9. September, abends 7 Uhr, im Oberlyzeum, Allee 99, eine allgemeine Mitgliederversammlung ab.

Medizinalstatistisches. In der Woche vom 22. August bis zum 28. August 1920 starben in Altona an Tuberkulose 1, Krankheiten der Atmungsorgane 2, Magen- und Darmkatarrh 1, durch Selbstmord 1, Verunglückung 1, an allen übrigen Todesursachen 19, im ganzen 25 (30) = 5,8 (9,0) von 1000 Einwohnern auf das Jahr berechnet. Erkrankt gemeldet wurden an Diphtherie 5 (5), Ruhr 14 (3).

e. **Niendorf.** Zwecks Gründung eines Mietervereins wurde bei C. Krohn eine Versammlung abgehalten, die sehr gut besucht war. Herr Lorenz vom Zentral-Mieterverein in Hamburg machte die Anwesenden auf die Notwendigkeit der Gründung eines Mietervereins aufmerksam. In der Aussprache wurde von den Einwohnern Klage geführt über zu hohes Licht- und Wassergeld. Herr Brummer aus Hamburg vom Mieteinigungsamt forderte die Anwesenden auf, im eigenen und im Interesse der Beisitzenden des Mieteinigungsamtes sich zu organisieren; es sei Pflicht eines jeden Mieters, sich dem Mieterverein anzuschließen. Etwa 50 Anwesende ließen sich als Mitglieder aufnehmen. In der nächsten Zeit wird eine Mitgliederversammlung stattfinden.

Aus den Elbgemeinden.

Klein-Flottbeck. Verkauf von Butter am Dienstag.

Blankenese. Gemeindevertretersitzung am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gemeindebureau.

Wandsbeck und Umgegend.

t. **Bramfeld.** Waren-Ausgabe. Die Lebensmittelkommission verteilt am Mittwoch, 8. September, in allen Geschäften: 100 Gramm Nudeln und 100 Gramm Buchweizenmehl auf Nr. 30 der Ausweiskarte.

t. Die Kranken-Milchkarten müssen im Laufe dieser Woche im Amtsbureau von 9—12 Uhr vormittags abgeholt werden.

t. **Sasel.** Ein Familiendrama spielte sich am Sonntag nachmittag auf dem Gebiet des Siedlungsvereins Sasel ab. Ein dort ansässiger Siedler erschoß seine 9jährige Tochter und jagte sich dann selbst eine Kugel in die Brust. Beide waren nach kurzer Zeit tot. Der Grund der unseligen Tat soll in ehelichen Zerwürfnissen zu suchen sein.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Produktive Erwerbslosenfürsorge.** Um das Problem der Erwerbslosenfürsorge zu lösen, haben Magistrat, Wirtschaftsrat, Handelskammer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Harburg gemeinsam beraten, wie die Arbeitslosigkeit am wirksamsten zu bekämpfen sei. Hierbei erklärten sich die Arbeitgeber bereit, 1½ Millionen Mark zum Bau von Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Weiter erklärten sich die Arbeitgeber bereit, außer Bereitstellung einer einmaligen Summe von 25 000 Mark, die dazu bestimmt ist, in bedrängter Lage befindlichen Erwerbslosen zu helfen, laufend Beiträge zur Unterstützung der Erwerbslosen zu zahlen. Für jeden beschäftigten Arbeiter werden die Firmen wöchentlich 1 Mark zahlen. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß zu dem so zu bildenden Fonds, der der Einrichtung von Notstandsarbeiten dienen soll, Stadt und Reich mit beitragen würden. Mit diesen Beschlüssen beschäftigten sich die Vertreter des Harburger Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie die Vertreter aller Betriebsräte. Auch hier wurde mit großer Majorität beschlossen, daß sich auch die Arbeitnehmer an der Hilfsaktion beteiligen, und zwar soll von allen Arbeitnehmern, die bis zu 300 M wöchentlich verdienen, ½ %, und von allen Arbeitern, die über 300 M wöchentlich verdienen, 1 % vom Lohn einbehalten werden. Damit haben die von Unverständigen und Unberufenen so oft geschmähten Gewerkschaftsbonzen wieder einmal praktische Arbeit geleistet, eine Arbeit, die bisher einzig dasteht und als großer Fortschritt in der Frage „Produktive Erwerbslosen"fürsorge bezeichnet werden kann. Eine von etwa 250 Erwerbslosen besuchte Versammlung hat sich ebenfalls mit den getroffenen Vereinbarungen beschäftigt und dieselben gutgeheißen. Es wurde der Wunsch geäußert, daß recht bald mit den Notstandsarbeiten begonnen werden möge.

w. **Beschulung blinder und taubstummer Kinder.** Nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder, unterliegen blinde Kinder, die das sechste Lebensjahr, und taubstumme Kinder, die das siebte Lebensjahr vollendet haben, sofern sie genügend entwickelt und bildungsfähig erscheinen, der Verpflichtung, den in den Anstalten für blinde und taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht zu besuchen. Zu den blinden Kindern gehören auch solche, die so schwachsichtig sind, daß sie den blinden gleichgeachtet werden können. Zu den taubstummen Kindern gehören auch stumme, taubgewordene und solche Kinder, deren Gehörreste so gering sind, daß sie die Sprache auf natürlichem Wege nicht erlernen können und die erlernte Sprache durchs Ohr zu verstehen nicht mehr imstande sind. Alle mit vorgenannten Fehlern behafteten Kinder in Wilhelmsburg, die das vierte Lebensjahr vollendet haben und in einer Anstalt noch nicht untergebracht sind, müssen durch die Eltern oder gesetzlichen Vertreter bis zum 10. September im Rathause, Zimmer 15, angemeldet werden.

w. **Sonntagsruhe im Harburger Hebammengewerbe.** Die Hebammen in Harburg haben beschlossen, auch für ihr Gewerbe die Sonntagsruhe einzuführen. Von den 16 am Orte anwesenden Hebammen werden Sonntags 5 bis 6 Dienst tun, so daß jede Hebamme zwei Sonntage frei ist und dann wieder einen Sonntag Dienst hat.

w. **Geborgenes Boot.** Im Köhlbrand ist ein Boot geborgen. Eigentumsanrechte sind im Strandamt in Harburg (Landratsamt) geltend zu machen.

Bremen.

Abfahrt nach Amerika. Der amerikanische Dampfer „Susquehanna" der United Stares Mail Steamship in New York trat am 4. September mit über 2000 Passagieren, Post und Ladung als erster direkter Dampfer die Heimreise nach New York an.

Hannover.

Warum die Agrarier keine Landarbeiter bekommen können, zeigt folgender Vorfall zur Genüge. Im Dorfe Waarstorf, Kreis Uelzen, hat sich der Landmann Meyer einen polnischen Arbeiter kommen lassen, da deutsche Arbeiter bei dem Herrn nicht gern in Arbeit treten. Als der Pole angelangt ist, stellt sich heraus, daß er verheiratet ist. Dies paßt aber dem Landmann Meyer nicht. Der Pole muß wieder weg. Zugleich soll er aber auch die Kate des Herrn Meyer räumen, wobei Herr Meyer bei dem Polen auf Schwierigkeiten stößt, da dieser noch keine Behausung wieder hat. Herr Meyer geht schließlich mit einem Verwalter in die Kate des Polen, wobei es zu Auseinandersetzungen kommt, in deren Verlauf Herr Meyer den Polen mit einem Revolver niederschießt und dann den Schwerverletzten liegen läßt. Ein vorübergehender Hamburger Arbeiter nimmt sich des Schwerverletzten an, legt ihm einen Notverband an und sorgt für einen Arzt, den der Verwalter des Herrn Meyer erst von Erbstorf holen mußte. Es ist ganz selbstverständlich, daß derartig gewalttätige Agrarier stets ohne Leute sind, weil keiner Lust hat, sich von diesen Herren die Knochen kaputt schießen zu lassen. Hoffentlich erhält der schießlustige Agrarier noch einen gehörigen Denkzettel vom Gericht, damit er begreift, daß er seine Arbeiter nicht wie tolle Hunde über den Haufen schießen kann, wenn sie nicht sofort nach seiner Pfeife tanzen.

Kleine Chronik.

Unfälle bei der Segelwettfahrt. Auf dem Müggelsee im Osten von Berlin war am Sonntag eine große Segelwettfahrt, an der sich auch Hamburger und Kieler Segler beteiligten. Infolge einer schweren Regenbö kenterten nicht weniger als acht Boote und trieben kieloben. Den herbeieilenden Motorbooten und Dampfern gelang es zum Glück, sämtliche Insassen zu retten. Dagegen ist ein einzelner Segler, dessen Boot schon vorher gekentert war, schwer verletzt aus dem Wasser gezogen worden, da er mit einem Bein in eine Dampferschraube geraten war.

Explosion einer Lokomotive. Im Hafen von La Pallice (Frankreich) war man damit beschäftigt, eine Lokomotive, die über das Geleise geraten war, wieder an Ort und Stelle zu bringen. Dabei explodierte die Maschine. Acht Arbeiter und mehrere Passanten wurden getötet. Zehn Personen wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Letzte Nachrichten.

Der Erfurter Zwischenfall.

WTB. **Berlin,** 6. September. Amtlich. Am 3. September hängten die Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erfurt einen mit Munition beladenen Wagen aus dem vorschriftsmäßig angemeldeten Ententenachschubzug ab, obwohl auch dieser Wagen ordnungsmäßig kenntlich gemacht war. In Verhandlungen mit den Arbeitern erreichte die Eisenbahndirektion die Zusicherung, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiterlaufen sollte. Trotzdem entluden am 4. September die Eisenbahnarbeiter verschiedener Dienststellen die Wagen und verbrannten die Munition auf freiem Felde. Der Verkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernichtung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur gesetzlichen Verfolgung anzuzeigen und für den der Eisenbahnverwaltung etwa entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt ist, an der Tat nicht beteiligt gewesen.

Dazu schreibt der „Vorwärts": Eine derartige Handlung würde selbstverständlich in Widersprüchen stehen, nicht nur zu den gesetzlichen Bestimmungen, sondern auch zu den Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien einerseits und der Reichsregierung andererseits. Wenn ein Teil der Arbeiter eigenmächtig Munition nicht nur anhält, sondern sie vernichtet, so kann es abermals zu schweren Verwicklungen mit der Entente führen.

Italien und Deutschland.

WTB. **Stresa,** 6. September. In der Villa Borromeo begannen heute in Gegenwart von Vertretern Englands und Frankreichs die Beratungen zwischen dem italienischen und dem deutschen Ernährungsminister. Soleri erinnerte an die Spaaer Konferenz vom 16. Juli und an die Pariser Beschlüsse vom 30. August. Er legte dann den Umfang und die Ziele der gegenwärtigen Beratung dar, welche die Verwendung des italienischen Anteils an den von der Spaar Konferenz Deutschland zugunsten seiner Verpflegung bewilligten Vorschüssen derartig regeln soll, daß den Interessen Deutschlands und Italiens Rechnung getragen wird. In seiner Erwiderung setzte Hermes die allgemeine Ernährungslage Deutschlands auseinander, wobei er die schon auf der Londoner Konferenz vom 4. August gegebenen Aufschlüsse ergänzte und namentlich auf die Ernährungslage in den deutschen Kohlenbezirken hinwies. Nach einem allgemeinen Ansichtenaustausch wurde auf den Vorschlag Soleris eine Reihe von Sonderberatungen zwischen den Sachverständigen der beiden Völker festgesetzt, um die praktischen Möglichkeiten der Verwendung des italienischen Anteils zu prüfen.

Eine neue russische Republik

WTB. **Moskau,** 5. September. Durch Funkspruch. Autonome Kirkisenrepublik. Das Zentralvollzugskomitee beschloß laut einer Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 10. Juli die Einsetzung einer autonomen Sowjetrepublik. Diese Republik, die einen Teil der russischen Sowjetföderation darstellt, umfaßt die ehemaligen Verwaltungsbezirke von Semipalatinsk, Akmolinsk, Turgaj, Uralsk, einen Teil des transkaspischen Gebietes und der Provinz Astrachan.

Sprechsaal.

Elternrats-Kursus. (Henningsen.) Kommt am Mittwoch, 8. September, 7 Uhr, zum Vortrage H. Brunckhorst über: „Die neue Zeit und die Jugendschriftenfrage." (Sitzungszimmer des Curiohauses.) — Die nächste Zusammenkunft darauf ist erst am 29. September. Wichtige Besprechung!

St. Pauli-Nord, Bezirk 66. Zur Beachtung! Unser Bezirkslokal befindet sich nicht mehr bei Mohn, Feldstraße, sondern bei W. Brill, Grabenstraße 27. Dienstag: Vortrag.

Achtung. Bezirk 1, Altstadt. Das Bezirkslokal befindet sich jetzt bei Fr. Schwiebert, Rolandsbrücke 3, Ecke Gr. Reichenstraße. Bezirksabend Dienstag, 7. September, mit wichtiger Tagesordnung. Das Erscheinen aller ist dringend erforderlich. Der Bezirksführer.

Arbeiter-Samariterkolonne. Mittwoch, 8. September. Vorstandssitzung. Donnerstag, 9. September, Besichtigung einer Anatomie für die Abteilungen Stadt, Altona, Eimsbüttel. Treffpunkt abends 7 Uhr Endstation der Linie 6, Eppendorfer Krankenhaus. — Montag, 13. September, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. — Donnerstag, 16. September, abends 7 Uhr, Besichtigung einer Anatomie. Treffpunkt Endstation der Linie 6, Eppendorfer Krankenhaus, für die Abteilungen Barmbeck und St. Georg. — Sonntag, 19. September, Uebung im Harburger Volkswohl. Zu allen Veranstaltungen ist das pünktliche und zahlreiche Erscheinen Pflicht. Es liegt im Interesse der Mitglieder. Der Vorstand. J. A.: Schulte.

Achtung, Elternversammlung der Knabenschule Wendenstr. 268! am Mittwoch, 8. September, 7 Uhr abends, im Schulgebäude. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Eltern dringend erforderlich. Der Elternrat. J. A.: Wilh. Hagelsieper.

Großhandelspreise auf dem Hamburger Markt.

Auszug aus dem amtlichen Marktbericht vom Montag, 6. September.

Eßäpfel inl. 1. Wahl pro Pfund 80 ₰—1,40 M, 2. Wahl 50—80 ₰, Tafel- 1,50—2 M, Koch- 50—80 ₰, Eßbirnen inl. 1. Wahl 90 ₰—1,40 M, 2. Wahl 60—90 ₰, Fliederbeeren 60 ₰—1 M, Pflaumen, reif, großfrüchtig 1,60—2 M, andere 1—1,50 M, Tomaten, Vierl. 70—90 ₰, ital. 40—60 ₰, Zwetschen, süße 1—1,20 M, Bohnen, Brech- 80 ₰—1 M, Pal- 1—1,20 M, Schneide- 50—70 ₰, Wachs- 80 ₰—1 M, Perl- (türk. Erbsen) 1,20—1,50 M, feldm. gebaute 50—70 ₰, Stangen- 60—80 ₰, junge weiße 2,80—3 M, Gurken, Mistbeet-, Stück 50 ₰—1,20 M, Einlege- Stück 15—35 ₰, Senf- 80 ₰—1,20 M, Karotten, ohne Kraut, pr. 100 Pfd. 30—40 M, mit Kraut, Bund 40—50 ₰, Kohl, Blumen- inl. 10 Stück 10—40 M, Wirsing- 10 Stück 6—12 M, pr. 100 Pfd. 50 M, Weiß- 10 Stück 6—8 M, pr. 100 Pfd. 18—22 M, Rot- 10 Stück 6—12 M, pr. 100 Pfd. 22—25 M, Rosen- 1,50—2,20 M, Kohlrabi, m. Kraut, 10 Stück 1—1,20 M, Kürbis pr. 100 Pfd. 15—20 M, Pilze, Pfifferlinge 2,60—3 M, Rüben, echte kleine Teltower pr. 100 Pfd. 50—70 M, Steck- pr. 100 Pfd. 20 bis 25 M, Salat, Land- 100 Stück 10—15 M, Schalotten 60 ₰—1,80 M, Sellerie, mit Kraut, 10 Stück 4—8 M, Spinat, Blatt- 60—80 ₰, Wurzeln (Möhren) rote, feldm. pr. 100 Pfd. 15—22 M, gartenm. pr. 100 Pfd. 30 M, mit Kraut, Bund 30—50 ₰, Zwiebeln pr. 100 Pfd. 70—73 M.

Marktlage: Große Obst- und Gemüsezufuhren. Ruhiger Markt.

Anzeigen.

Statt besonderer Nachricht.
Die Geburt eines gesunden Töchterchens, Margot, zeigen an:
Wilh. Hillebrand und Frau, geb. Hühn.
Hamburg, 3. September 1920. Koppel 96.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Unser Kollege, der Schiffsreiniger
Fr. Sander
ist verstorben.
Beerdigung: Dienstag, den 7. September, nachm. 3 Uhr, von Kapelle 9, Ohlsdorf.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Hausangestellten.
Ortsgruppe Hamburg.
Todes-Anzeige.
Allen Kolleginnen die traurige Mitteilung, daß die Kollegin Frau
Auguste Wankum
am Sonnabend, den 4. Sept., gestorben ist.
Beerdigung: Dienstag, den 7. September, nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle Altona, Norderreihe, nach dem Friedhof Bornkamp.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 4. Septbr. 1920 entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Braut
Helene Riedel,
gen. Ast.
Tief betrauert von ihrem Bräutigam
Gustav Dall.

Aerztl. Ambulatorium
für Beinleiden, Haut- und Geschlechtskrankheiten.
Strohhaus 9, nahe Berlin. Tor
10-1, Di., Do., Sonnab. 5-7.

Geschlechtsleiden
Blut- Urinuntersuchung
Reeperbahn 110
11—1, 7—8½ Uhr.

Amtsgericht in Hamburg.
In der Strafsache gegen den Grünwarenhändler Karl Friedrich Hecht, geb. am 31. Januar 1882 in Danzig, wegen Schleichhandels hat das Amtsgericht in Hamburg, Schöffengericht II, in der Sitzung vom 6. Januar 1920, an welcher teilgenommen haben:
1. Amtsrichter Dr. Cohen als Vorsitzender,
2. Carl Borchers,
3. Heinr. Boldt
als Schöffen,
Staatsanwalt Dr. von Bergen
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Herbst
als Gerichtsschreiber,
für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Schleichhandels zu einem Monat Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.
Das Urteil ist auf Kosten des Angeklagten im „Hamburger Fremdenblatt", im „Generalanzeiger" und „Hamburger Echo" zu veröffentlichen.
gez. Cohen Dr.

Verband der Fabrikarbeiter.
Zahlstelle Hamburg.
Versammlung
aller in der Margarine- und Speisefett-Industrie beschäftigten Mitglieder
am Sonntag, 12. Septbr., vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Musiksaal.
Tagesordnung: Die gegenwärtige Situation in der Margarine-Industrie und das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen in Berlin. Berichterstatter: Kollege Ernst Senkfeil, Hannover.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Ohne Buch kein Zutritt!

Achtung! Achtung!
Distrikte Altona-Ottensen u. Wandsbeck!
Die in der Sonntag-Nummer des „Echo" bekanntgegebenen Distrikts-Versammlungen finden nicht am Dienstag, 7. September, sondern am Dienstag, 14. September, abends 7 Uhr, in den benannten Lokalen statt.
Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger, unverheirateter
Modelltischler
auf dauernde Arbeit gesucht.
Lorenz Claussen,
Eisengiesserei,
Kappeln (Schlei).

Suche Plüschg., Schlafz. Stuben, Alt., Stiftstr. 18.

Alteisen, Metalle u. Bruchglas kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80. Alster 1560.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.